

Wer möchte Windturbinen haben?

geschrieben von Marita Noon | 19. Juni 2016

Der Brand der Windturbine nahe Palm Springs, Kalifornien, ließ brennende Trümmer auf den kahlen Boden darunter fallen. Dies beleuchtet nur einen der Gründe, warum Menschen nicht neben den turmhohen Stahlstrukturen leben wollen. In diesem Falle war niemand zu Schaden gekommen, weil der Brand im Motorgehäuse in einem abgelegenen, nicht bewirtschafteten Gebiet von Palm Springs ausgebrochen war. Aber man stelle sich vor, Derartiges ereignet sich lediglich rund 100 m von jemandes Hintertür entfernt – wie es an vielen Stellen der Fall ist – und die brennenden Trümmer wären auf das Land des Eigentümers gefallen, wo eventuell Kinder spielen.

Unter anderen Gründen, warum niemand diese Dinger in der Nachbarschaft haben möchte, sind die Auswirkungen auf die Gesundheit. Im vorigen Monat hat Dave Langrud, Bürger der Stadt Alden in Minnesota, eine sechs Seiten starke, detaillierte Klage an die Minnesota Public Regulatory Commission gesandt. Darin stellt er fest: „Das Unternehmen Wisconsin Power and Light errichtete den Bent Tree-Windpark um mein Haus herum. 19 Turbinen stehen innerhalb 1 Meile [ca. 1,6 km] und 5 innerhalb $\frac{1}{2}$ Meile [ca. 800 m] um mein Haus. Sowohl meine Frau als auch ich selbst haben permanent Schlafschwierigkeiten, seit die Turbinen in Betrieb genommen worden waren. Verlassen wir das Gebiet, haben wir dieses Problem nicht. Die Turbinen waren auch ursächlich für starke Kopfschmerzen meiner Frau. Vor den Turbinen hatte sie dieses Problem nicht, und auch nicht, wenn sie sich anderswo aufhält. Sowie wir nach Hause kommen, stellen sich die Probleme wieder ein“.

Als Erwiderung auf andere Klagen aus jüngster Zeit über viele Windprojekte in Minnesota hinsichtlich der Nachbarschaft der Turbinen zu Anwohnern haben Mitarbeiter der Ministerien für Gesundheit, Wirtschaft und Verschmutzungs-Kontrolle von Minnesota eingeräumt, dass hinsichtlich der Genehmigungsverfahren „der Lärmstandard nicht mit dem Geräusch von Windturbinen im Hinterkopf bekannt gemacht worden ist. Man hatte nur hörbaren Lärm angesprochen, aber nicht Infraschall. Als solches ist es keine perfekte Maßgabe bei der Bewertung lärmrelevanter Rückschläge im Verhältnis zwischen Windturbinen und Anwohnern“. Aber trotzdem ist es die „Maßgabe“, die zugrunde gelegt wird. Die Mitarbeiter räumten ebenfalls ein: „Derzeit sind keinerlei Mittel zur Durchführung entsprechender Studien verfügbar“.

In Langruds Brief geht es um Eigentumswerte. Er fragt: „Wie können wir noch einen fairen Preis erzielen, falls wir unser Anwesen aus gesundheitlichen Gründen verkaufen müssen?“ Jüngste Studien belegen jedoch, dass es nicht nur um diejenigen geht, die gezwungen sind, im Schatten der Turbinen zu leben und deren Eigentumswerte gesunken sind. Wohneigentum an den Küsten mit Offshore-Windturbinen in Sichtweite

hätten einen „gewaltigen Einfluss auf den Tourismus an den Küsten“. Das jedenfalls geht aus einer Studie der North Carolina State University hervor. Im Report vom April 2016, Thema in *Science Daily*, heißt es: „Falls die Turbinen nahe der Küste errichtet werden, sagen die allermeisten Menschen, dass sie sich einen anderen Ferienort suchen würden, an dem sie vom Anblick der Turbinen verschont bleiben würden“. Die ökonomischen Auswirkungen hiervon auf die küstennahen Gemeinden werden geschätzt „31 Millionen Dollar im Verlauf von 20 Jahren“ ausmachen.

Eine ähnliche Studie aus Henderson im US-Staat New York kam zu dem Ergebnis, dass ein geplantes Windprojekt „zu einem Gesamtverlust des Eigentumswertes um 40 Millionen Dollar führen könnte infolge des Anblicks der Turbinen“. Ein interessanter Teilaspekt der Henderson-Studie, der in der Studie aus North Carolina nicht behandelt wurde ist, wie stark der Verlust an Grundsteuern infolge der gesunkenen Werte zu Buche schlägt. Die *Watertown Daily Times* weist darauf hin, dass die meisten Grundstücke, deren Werte „infolge des Anblicks der Windturbinen stark fallen würden“, einen „geschätzten Wert über 1 Million Dollar“ haben würde. Weiter heißt es: „Grundstücke im Wertebereich von 200.000 Dollar ohne Turbinen in Sichtweite würden vielleicht die Grundsteuern steigen lassen, was den Gesamtverlust an Grundsteuern ausgleichen könnte“. Robert E. Ashodian, ein Bewohner vor Ort, wird mit den Worten zitiert: „Falls die Eigentumswerte sinken und die Stadt nicht bei öffentlichen Ausgaben spart, wird die Steuerlast für alle Hausbesitzer, die nicht betroffen sind, deutlich steigen“. Das Mitglied der Verwaltung von Henderson John J. Calkin gab seiner Bedenken Ausdruck hinsichtlich der „verheerenden Auswirkungen“, die das Windprojekt auf die Stadt und den Schulbezirk haben würde.

Offshore-Windturbinen sollten vermeintlich visuelle Vorteile haben, doch bringen diese offensichtlich andere Probleme mit sich.

Die *Financial Times* berichtet: „Die Errichtung von Windparks auf See anstatt auf dem Festland, wo Kritiker von ihnen als einem Schandfleck sprechen, bewirkte eine weniger umstrittene Form sauberer Energie [?] ... aber sie sind auch deutlich teurer als die meisten anderen Kraftwerke, und viele EU-Regierungen sind massivem Druck ausgesetzt, grüne Subventionen zu streichen, deren Gegner sagen, dass sie die Energiepreise steigen und einige Industriezweige nicht mehr wettbewerbsfähig sein lassen“. Dieses Argument bzgl. höherer Kosten hat die Regierung von Dänemark – bekannt als internationales Aushängeschild für grüne Energie und das erste Land, das es gewagt hat, in Offshore-Windenergie zu investieren – veranlasst, die Subventionen für die Turbinen zu streichen. Es heißt, dass die Streichung der Windturbinen vor der Küste „dem Staat eine Ersparnis von etwa (umgerechnet) 1 Milliarde Dollar beschern würde“. *Bloomberg* schreibt dazu: „Die Mitte-Rechts-Regierung von Premierminister Lars Løkke Rasmussen möchte eine Stromsteuer abschaffen, mit der die Windturbinen seit dem Jahr 1998 subventioniert worden waren“. Die Dänische Volkspartei mit dem größten

Anteil an der Regierungskoalition trägt diese „politische Kehrtwende“ mit. Parteichefin Kristian Thulesen Dahl sagt: „Man erinnere sich, dies sind Milliardenkosten, die wir den Dänen auferlegen“. Sie fügte hinzu: „Wir stehen auch in der Verantwortung, über die Kosten zu reden, die wir den Dänen während der nächsten 10 Jahre auferlegen wollen“.

In Deutschland gibt es in der Politik bzgl. grüner Energie ähnliche Probleme. Das Magazin *Energy Digital* weist darauf hin, dass der rasante Ausbau grüner Energie in Deutschland „die Strompreise in die Höhe getrieben und das Netz schwer belastet hat“. Als Folge hat Deutschland inzwischen den weiteren Ausbau der Windenergie gestoppt. Tatsächlich werden Subventionen – die allein für das Wachstum erneuerbarer Energie verantwortlich waren – in ganz Europa zurückgefahren. *Bloomberg* drückt es so aus: „Erneuerbare fallen in Europa in Ungnade“.

Und dann gibt es da noch die Versorgungsunternehmen in den USA, die gezwungen werden, die viel teurere Windenergie zu kaufen, und zwar aufgrund eines missbrauchten – und in der Öffentlichkeit kaum bekannten – Gesetzes aus dem Jahr 1978, mit dem man der Erneuerbaren-Industrie in den USA helfen wollte, auf die Beine zu kommen. Das Public Utility Regulatory Policies-Gesetz (PURPA) war darauf ausgelegt, kleineren Energieunternehmen einen Zugang zum Markt zu verschaffen. Falls Windturbinen-Projekte den Vorgaben entsprechen, müssen die Unternehmen den so erzeugten Strom zu „oftmals über dem Marktwert liegenden“ Preisen erwerben. Aber es lief anders. In vielen Fällen werden große Projekte, die alle einem einzelnen Unternehmen gehören, in verschiedene Anteile aufgeteilt mit unterschiedlichen Projektbezeichnungen, die aber immer noch ein und demselben großen Unternehmen gehören. Das Magazin *Energy Biz* berichtet: „So schätzt beispielsweise PacifiCorp, dass ein derartiger Missbrauch die Verbraucher im kommenden Jahrzehnt mit 1,1 Milliarden Dollar teuer zu stehen kommt, weil das Unternehmen in unnötige Stromverträge getrieben wird zu Raten, die bis zu 43% über den Marktraten liegen“. Es zitiert John Rainbolt, Sprecher des in Wisconsin ansässigen Unternehmens Alliant Energy, mit den Worten: „Unsere Kunden zahlen für die PURPA-Energie 20% höhere Preise für Windenergie“. Im Kongress ist inzwischen auf Initiative mehrerer Senatoren der Republikaner eine Überarbeitung des fast 40 Jahre alten Gesetzes im Gange.

Also, Anwohner in der Nachbarschaft von Windturbinen wollen diese nicht. Gleiches gilt für Bewohner und Mieter mit Turbinen in Sichtweite, für Regierungen, die Kosten senken wollen, für Versorgungsunternehmen oder Grundsteuerpflichtige. Und wir haben all diejenigen noch nicht erwähnt, die Vögel und Fledermäuse schützen wollen. *Scientific American* gab jüngst der Sorge Ausdruck, dass sich „die Tötung von Fledermäusen durch Windturbinen fortsetzen werde“. Und weiter: „Windturbinen sind mit Abstand die schlimmste Ursache von Fledermaus-Sterblichkeit auf der ganzen Welt“, und darunter sind auch drei als gefährdet eingestufte Fledermaus-Spezies. Fledermäuse sind bedeutsam, weil ihre Hauptnahrung Insekten sind und sie damit den Landwirten Einsparungen in

Milliardenhöhe bei der Schädlingsbekämpfung verschaffen. Dem *Scientific American* zufolge finden sich zusätzlich zu toten Falken und Adlern auch tausende tote Fledermäuse unter den Turbinen.

Wer also möchte Windturbinen haben?

Nun, als da wären: Hersteller von Windturbinen, die American Wind Energy Association und die vetternwirtschaftlich verbandelten Kapitalisten, die von Steuernachlässen und Subventionen profitieren. Robert Bryce Autor von *Power Hungry* und *Smaller Faster Lighter Denser Cheaper* berichtet, dass insgesamt über 176 Milliarden Dollar „an die größten Beteiligten der US-Windindustrie“ fließen. Er stellt fest, dass das Wachstum der Windenergie-Kapazität „nicht der Nachfrage der Verbraucher geschuldet ist, sondern den Zuwendungen von Milliarden Dollar der Steuerzahler“. Zu all denjenigen, die Windturbinen verteidigen und über die bevorzugte Behandlung von Öl- und Gasunternehmen lamentieren, sagt Bryce: „Auf der Grundlage von Energie-Äquivalenten machen die Subventionen für die Windenergie derzeit fast das Dreifache der gegenwärtigen Marktpreise für Erdgas aus“. Selbst der Milliardär Warren Buffet räumte ein, dass der einzige Grund dafür, dass seine Unternehmen in der Windbranche aktiv sind, ist: „Wir bekommen Steuervorteile, falls wir viele Windparks errichten“.

Falls niemand außer den Kapitalisten-Kumpanen Windturbinen haben möchte, warum müssen dann Menschen wie der Bürger von Minnesota Langrud darunter leiden? Weil die Windenergie-Lobby sehr mächtig ist und „grüne Energie“ zuvor viele Jahrzehnte lang einen guten Beiklang hatte, also zu der Zeit, als pro grüne Energie-Politik wie das PURPA in Kraft gesetzt worden sind. Wie jedoch der Bloomberg-Bericht über Dänemark zeigt, ist Windenergie „eine erwachsen gewordene Industrie ist, die keine staatliche Hilfen mehr braucht“. Unglücklicherweise hat der Kongress im Dezember 2015 die Steuervorteile für Windenergie bis zum Jahr 2021 verlängert. Aber Modifikationen wie eine Reform des PURPA sind möglich, und ein neuer Präsident kann die Energie-Empfehlungen total ändern – was gut wäre, weil, wie es scheint, niemand wirklich Windturbinen haben möchte.

Link: <http://oilpro.com/post/25056/wants-wind-turbines>

Übersetzt von Chris Frey EIKE